

Schulessen - Gemeinderat beschließt Zuschuss: Gutscheine-Bezieher können ab September für einen Euro essen



## Soforthilfe unter Vorbehalt

VON ULRIKE GLAGE

**REUTLINGEN.** Die meisten hätten gerne mehr gehabt, im Kern waren sich aber alle einig: Eine Soforthilfe für all diejenigen Kinder und Jugendlichen muss her, die bei den Mittagessen in den Ganztageseinrichtungen »hungernd beiseite stehen«, wie es Oberbürgermeisterin Barbara Bosch ausdrückte. Den Schätzungen der Fördervereine zufolge sind es 979 Jungen und Mädchen, die sich das Schulessen schlicht nicht leisten können. Einmütig stimmte der Gemeinderat deshalb am Donnerstag dem Verwaltungsvorschlag zu, mit einem Zuschuss in Höhe von 160 000 Euro bedürftigen Kindern ab dem neuen Schuljahr einen Essenspreis von einem Euro zu ermöglichen.



Schulessen ist für viele Kinder aus bedürftigen Familien unerschwinglich. Jetzt hilft die Stadt Reutlingen. FOTO: DPA

Die Räte fassten den Beschluss einstimmig, aber unter Vorbehalt - wohl wissend nämlich, dass nicht die Kommune, sondern der Bund zuständig ist. Denn inzwischen ist offensichtlich, dass die Regelsätze für den kinderspezifischen Bedarf bei Hartz IV hinten und vorne nicht ausreichen. Bis Ende des Jahres soll es eine Neuregelung geben - das fordert zumindest eine Bundesratsinitiative, der sich die Stadt Reutlingen angeschlossen hat.

Ob kostenloses Essen für Bedürftige oder ein Euro für alle Schüler, ob Einrichtung eines Fonds für Schulbedarf wie Hefte, Ranzen oder Sportausrüstung - alle weitergehenden Forderungen, die vom Sozial- und Familienforum im Vorfeld gestellt und von fast allen Gemeinderatsfraktionen zu Anträgen erhoben worden waren, legte das Gremium erst mal ad acta. Zum einen, weil es abwarten will, was auf Bundesebene passiert, zum anderen, weil sie aus dem laufenden Haushalt nicht zu finanzieren sind.

So würde laut Verwaltungsbürgermeister Robert Hahn etwa die volle Übernahme des Essenspreises für bedürftige Schüler mit 620 000 Euro jährlich zu Buche schlagen. Gleich mehrere Räte betonten, dass sie ihre Vorschläge bei den Etatberatungen im Herbst wieder zum Thema machen wollen.

### Aus Rücklagen gedeckt

Jetzt aber ging es darum, eine, so Bosch, »schnelle und unbürokratische« Lösung auf den Weg zu bringen. Und die sieht so aus: Wer ein Gutscheineheft beziehen kann und damit eine Anspruchsberechtigung hat, bekommt auch das Schulessen subventioniert. Die Verwaltung geht von einem Zuschuss von 2,50 Euro pro Essen aus. Die 160 000 Euro fürs restliche Schuljahr 2008 werden aus Rücklagen gedeckt.

»Wir als Stadt stehen in der Verantwortung - wir müssen jetzt etwas tun«, betonte Edeltraut Stiedl für die SPD-Fraktion. Dass es ein Armutsproblem an Reutlinger Schulen gebe, sei unübersehbar. »Wir können nur einen Bruchteil der Kinder abfangen, die der Problematik ausgesetzt sind«, warnte Werner Schobel von »Wir in Reutlingen«. Betroffen seien keineswegs nur Kinder aus Hartz-IV-Familien. Er appellierte an die Schulen, »offensiver« an das Problem heranzugehen.

Dass die Zuständigkeit eigentlich beim Bund liege, betonten Schobel wie auch Hagen Kluck (FDP/BMR). Dennoch könne man als Stadt nicht einfach zuschauen. Zwar habe, so Kluck, seine Fraktion das kostenlose Schulessen beantragt, weil es aus ihrer Sicht die einfachere Lösung wäre. Das aber sei teuer, sodass die FDP/BMR ihren Antrag zurückziehe - auch, weil jetzt eine »einmütige« Regelung im Rat her müsse.

Rainer Buck (Grüne und Unabhängige) machte »Unebenheiten« im Beschluss aus, der auch nur ein kleiner Baustein sei: »Aber es ist immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.« Auch seine Fraktion hätte das kostenlose Mittagessen favorisiert, weil das den betroffenen Schülern die »Zurschaustellung der Ungleichheit« erspart hätte. Nicht zufriedenstellend sei außerdem, dass die Frage des Schulbedarfs auf die lange Bank geschoben werde. Fazit von Buck: »Es gibt noch viel Nachholbedarf für eine soziale Stadt.«

### Armut an Verantwortung

Karsten Amann (CDU) machte eine Verlagerung der Verantwortung »von Privat zum Staat« aus. »Mittagessen ist und bleibt eine Aufgabe der Familien.« Und, so der CDU-Rat: Es gebe nicht nur eine finanzielle Armut, sondern auch eine Armut an Verantwortung. Das Problem sei vielschichtiger als dargestellt, dennoch schließe sich auch seine Fraktion der »pragmatischen Lösung« an. Ursula Menton (Freie Wähler) sprach von einer Übergangslösung. »Aber es ist unerträglich, wenn Kinder zugucken müssen, wie der Nachbar hungrig bleibt.«

Die kritischsten Anmerkungen kamen von den beiden Fraktionslosen Edith Ailinger und Thomas Ziegler. Doch auch sie stimmten am Ende zu. (GEA)

